

Festvortrag auf dem Innoplanta Forum 2010 in Üplingen

Dr. Christel Happach-Kasan

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

Ich gratuliere den Gründern von Innoplanta, den Initiatoren dieses Forums, zu ihrem 10jährigen Bestehen. Aus dem ehemals zarten Pflänzchen ist in 10 Jahren ein starker Verband herangewachsen, der angesichts seiner bisherigen herausragenden Leistungen weitere große Taten erwarten lässt. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Voraussicht, schon vor 10 Jahren auf eine Züchtungsmethode gesetzt zu haben, die die EU damals gerade einem Moratorium unterworfen hatte. Wissenschaftlern war das große Potential der Züchtungsmethode bekannt, aber ob es gelingen würde, den theoretisch vorhandenen Schatz züchterisch zu heben, war durchaus nicht sicher.

Das Motto des Innoplanta-Forums heißt in diesem Jahr: Grüne Biotechnologie ist weltweite Realität“. Das ist so. Vor 10 Jahren wurde dies in diesem Umfang von vielen nicht vorhergesehen, aber auch heute ist dieses Wissen noch lange nicht in jedem Haushalt angekommen.

Es schwingt ja in Deutschland immer ein bisschen Schadenfreude mit, wenn davon gesprochen wird, dass in England die Gewerkschaften lange Zeit durchgesetzt hatten, dass auf jeder Elektrolok ein Heizer mitfuhr. Bei uns setzen gewisse Nichtregierungsorganisationen durch, dass Lebensmittel der Grünen Biotechnologie nicht angeboten werden, obwohl jeder USA-Reisende sie dort verzehrt. Haben wir wirklich Grund zu Hochmut?

Sachsen-Anhalt liegt im Herzen Deutschlands, ist Kernland deutscher Geschichte. Es ist das Land mit den meisten Welterbestätten Deutschlands. Romanik und Gotik haben Dome, Kirchen und Klöster hinterlassen. Die Zeitzer Weltkarte aus dem 15. Jahrhundert zeugt von frühem globalem Denken. Das Auffinden der Himmelscheibe in Nebra hat weltweit Schlagzeilen gemacht. Das Museum hat seine Existenz u. a. dem herausragenden Engagement des damaligen Wirtschaftsministers Horst Rehberger zu verdanken. Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt Magdeburg war schon im Jahr 1000 eine Metropole, Sitz einer bedeutenden Kaiserpfalz, als an Berlin kaum zu denken war und an Washington niemand gedacht hat. Die Magdeburger Börde mit ihrer Bodenfruchtbarkeit war normgebend für die Landwirtschaft in Deutschland, war und ist ein Zentrum der Pflanzenzüchtung. Das Leibnitz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben beherbergt Deutschlands größte ex situ Genbank, in der 150 000 Pflanzensorten von 3000 Pflanzenarten erhalten werden, eine der umfassendsten „Bibliotheken“ pflanzlicher Gene. Dies ist die Region, in der Zukunft gedacht wird. Innoplanta steht mit seinen Unternehmen, Landwirten und öffentlichen Institutionen vornan.

Es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn ich Ihnen in großer Ausführlichkeit erzählte, was Sie alle wissen:

Die Züchtungsmethode Grüne Gentechnik wird weltweit erfolgreich angewandt. Dies zeigt sich in der von Jahr zu Jahr größer werdenden Fläche, auf der gv-Pflanzen angebaut werden: im letzten Jahr waren es 134 Millionen Hektar, mehr als das

Zehnfache der Ackerfläche der Bundesrepublik Deutschland und in der steigenden Zahl von Landwirten, die sie nutzen, inzwischen sind es mehr als 14 Millionen. In 25 Ländern werden gv-Pflanzen angebaut, 24 Kulturpflanzen wurden gentechnisch bearbeitet, etwa die Hälfte davon wird auf größerer Fläche angebaut.

Angesichts dieser Bilanz schaut man sich um und fragt sich, warum sind gentechnisch veränderte Pflanzen bei uns kein Erfolg?

Ich will mich mit einigen der Gründe beschäftigen. Nur wenn wir uns der Gründe bewusst sind, können wir ihnen gezielt begegnen. Jeder hier ist sich bewusst, dass die Schaffung gesellschaftlicher Akzeptanz für die Züchtungsmethode ein dringendes Erfordernis ist.

In Deutschland gibt es besondere in gesellschaftlichen Haltungen begründete Voraussetzungen, die zu den Akzeptanzproblemen der Grünen Biotechnologie beitragen: Es ist die etwas verträumte Haltung zur Landwirtschaft gepaart mit Misstrauen gegenüber modernen landwirtschaftlichen Produktionsmethoden, ein weit verbreiteter Kulturpessimismus und ein Missverständnis über den Charakter demokratischer Entscheidungen:

Am letzten Sonntag veröffentlichte die größte Sonntagszeitung in Schleswig-Holstein einen Artikel mit dem Titel: „Die mit dem Salat tanzt“ und leitete den Beitrag über landwirtschaftliche Methoden des Rudolf Steiner mit dem Satz ein: „Vor 100 Jahren war das Leben auf dem Bauernhof noch in Ordnung.“ - Traurig ist, dass diese völlige Fehleinschätzung kein Einzelfall ist, dass mit einer Stiftungsprofessur über Steinersche Methoden in Witzenhausen Studenten fehlgeleitet werden, dass das Kinderlied „Im Märzen der Bauer die Rösslein anspannt“, von Menschen als zwar etwas überholt angesehen wird, der tiefgreifende Wandel landwirtschaftlicher Produktion aber nicht angekommen ist. Während vor rund 100 Jahren ein Landwirt nur vier Menschen ernährte, waren es 2004 bereits 127. Die Milchleistungen der Kühe haben sich verdreifacht, die Getreideerträge mehr als vervierfacht. Wer mit einer falschen Tatsachenbehauptung anfängt, kann nicht zu richtigen Ergebnissen kommen. Denken wir daran, vor 100 Jahren arbeiteten 60% der Bevölkerung in der Landwirtschaft unter Arbeitsbedingungen, die heute niemand für „in Ordnung“ hält.

Es fehlt das Bewusstsein in Deutschland, dass moderne Landwirtschaft ein hoch innovativer Wirtschaftsbereich ist. Mehr noch: Landwirtschaft braucht für die Ertragssicherheit, für eine höhere Naturverträglichkeit, für eine Kostenminderung im Interesse der Verbraucher Innovationen – und zwar sehr viel umfassender als mancher wohlmeinende Theoretiker an Elbe, Isar, Rhein oder Spree es sich vorstellen kann. Innovation in der Landwirtschaft ist eine der Grundlagen unserer heutigen Zivilgesellschaft. Ohne die tiefgreifenden Innovationen der letzten 100 Jahre in der Landwirtschaft wäre Deutschland von Hunger und Armut zerrissen. Wer vom Museumsbauernhof träumt, träumt von einer Utopie, träumt von einer Idylle, die es nie gab. Ohne Mechanisierung, ohne moderne ertragreiche Sorten, ohne Düngung und Pflanzenschutz ist Landwirtschaft eine gering produktive Knochenarbeit. Landwirtschaft früher setzte auf Kinderarbeit – die nur in Deutschland üblichen Herbstferien stellten sicher, dass Schulbesuch und Kinderarbeit miteinander vereinbar waren. In Deutschland könnte mit solcher Museumslandwirtschaft kaum ein Viertel der jetzigen Bevölkerung ernährt werden.

Eine der Ursachen für die Akzeptanzprobleme der Grünen Biotechnologie liegt in der irrationalen Betrachtung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Gesellschaft, in dem Misstrauen vieler Menschen gegenüber innovativen landwirtschaftlichen Methoden. Das Engagement vieler Landwirte, Menschen am Tag des offenen Hofes in ihre Betriebe einzuladen, ist ein guter Beitrag, das vorhandene Misstrauen abzubauen. Wir brauchen aber auch Agrarpolitiker und Politikerinnen, die sich zur Innovation in der Landwirtschaft offen bekennen. Ein positives Beispiel setzte Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle, der durch seine Anwesenheit bei der Ernte der Amflora klar Stellung bezog für Innovationen in der Landwirtschaft.

In jedem Jahr erstellen der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Deutsche Telekomstiftung einen so genannten Innovationsindikator. Im vergangenen Jahr belegte die Bundesrepublik Deutschland unter den 17 führenden Industriestaaten Rang 9. Der Vorsitzende der Deutschen-Telekom-Stiftung, der ehemalige Bundesaußenminister Klaus Kinkel, zieht nach fünf Jahren Innovationsforschung ein ernüchterndes Fazit für Deutschland: "Allen Reformen zum Trotz – im internationalen Vergleich tritt unser Land auf der Stelle. Der Indikator belegt zwar, dass wir seit Jahren hervorragende Forschungsinstitute und innovative Unternehmen haben, um die uns viele Länder beneiden. Allerdings ist es nicht gelungen, die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entscheidend zu verbessern. Seit dem Start der Studie steckt Deutschland daher im Mittelfeld des Rankings fest." Für den Wissenschaftsstandort Deutschland ist das nicht ausreichend. Innovative Wissenschaftsfelder werden mit gesellschaftlichen Tabus belegt, hemmen dadurch den gesellschaftlichen Diskurs, die Forschung und die Anwendung neuer Erkenntnisse.

Jutta Limbach, langjährige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts hat sich in ihrem Beitrag „Volkes Stimme“ in der Zeitschrift Cicero mit Plebisziten beschäftigt. Sie plädiert in ihrem klugen Beitrag dafür, mehr direkte Demokratie zu wagen, und zeigt gleichzeitig in sorgfältiger Abwägung deren Grenzen auf. Limbach: „Die Demokratie des Grundgesetzes erschöpft sich nicht in der Mehrheitsregel.“ Das in der Schweiz auf Grund eines Volksentscheids beschlossene Minarettverbot ist ein warnendes Beispiel, denn durch Volksbegehren dürfen Minderheitenschutz und Religionsfreiheit nicht aufgehoben werden. Jutta Limbach kommt zu dem Schluss: „Je größer der politische Raum ist, umso mehr sind wir auf das Prinzip der Repräsentation angewiesen und umso weniger können wir uns eine direkte Demokratie leisten.“ Wir leben in einem sehr komplex organisierten Rechtsstaat: Bestehende Gesetze formulieren Rechtsansprüche, die durch Referenden nicht außer Kraft gesetzt werden können. Ein Ausländer, der die Voraussetzungen zur Einbürgerung erfüllt, muss eingebürgert werden, ob der zuständige Beamte dazu Lust hat oder nicht; ein Produkt, das die Zulassungsvoraussetzungen erfüllt, muss zugelassen werden. Alles andere wäre politische Willkür, eine Abkehr vom Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Rechtsstaatlichkeit ist eine der Voraussetzungen unseres Wohlstands; die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen und eine innovative Wirtschaft sind die anderen beiden.

Auf Veranstaltungen begegne ich Menschen, die ernsthafte Zweifel an der Sicherheit der von gentechnisch veränderten Organismen erzeugten Produkte haben. Diese Zweifel können in aller Regel sehr schnell ausgeräumt werden. Unser vorhandenes Wissen, 14 Jahre Anbau- und Nutzungserfahrung, über 35 Jahre Erfahrung mit der gentechnisch erzeugten Genomveränderung in Organismen bilden ein solides Fundament. Es sind keine Schäden der Natur durch den Anbau von gv-Pflanzen und keine Schäden der Gesundheit von Mensch und Tier durch Verzehr der Produkte belegt.

Zweifel und Ängste ernst zu nehmen, heißt nicht ihnen nachzugeben. Kinder scheuen oftmals den ersten Zahnarztbesuch. Doch welche verantwortlichen Eltern bleiben dann mit ihnen zu Hause? Zweifel und Ängste ernst nehmen, heißt ihnen mit Information und Aufklärung zu begegnen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat dies getan und eine sehr gute Broschüre zur Gentechnik herausgebracht, die mehrfach aufgelegt wurde und inzwischen, kaum acht Monate nach ihrem Erscheinen schon wieder vergriffen ist. Ich hoffe, die DFG veranlasst eine weitere Auflage, denn offensichtlich ist der Bedarf sehr groß. Die aufgeklärte Gesellschaft braucht diese Informationen.

Diese bestehenden Zweifel spiegeln sich in den Umfragen wider. Wie sieht eine angemessene politische Reaktion darauf aus?

Fundamentalisten wollen ein Verbot, die Festlegung von Abständen zur Organisation der Koexistenz, die auf ein faktisches Verbot hinauslaufen.

Dagegen sprechen politische wie auch rechtliche Gründe:

Der Europarechtler Prof. Hans-Georg Dederer aus Passau hat in einem Gutachten für das Bundesministerium für Forschung und Bildung die rechtlichen Gründe dargestellt, die einem faktischen Verbot entgegenstehen. Es würde eine Einschränkung der Freiheit der Landwirte bedeuten, der Warenverkehrsfreiheit sowie dem Welthandelsrechts widersprechen. Die Staaten der EU haben sich gemeinsam auf die Organisation der Koexistenz von Pflanzen unterschiedlicher Zuchtmethoden verständigt. Er führt weiter aus: „Jeder muss z.B. zum Zweck der Koexistenz gewisse Einschränkungen hinnehmen: Wer keine Gentechnik will, muss Toleranzen von geringfügigen GVO-Spuren hinnehmen, und der GVO-Landwirt muss bestimmte betriebsführungsbezogene Maßnahmen, so genannte *Best Practices*, umsetzen – etwa Mantelsaaten oder Abstandsflächen – ,die alle auch Geld kosten. Solche beiderseitigen Einschränkungen schaffen Verhältnismäßigkeit, und der EuGH wird darauf zu achten haben, ob ein gerechter, für alle Seiten schonender Ausgleich erreicht wird.“

Toleranz ist eine kulturelle Willensleistung. Religiöse Toleranz, die Hinwendung zur Vernunft sind Errungenschaften der Aufklärung, politische Toleranz zeichnet den demokratischen Rechtsstaat aus, ist Kennzeichen einer freiheitlichen Demokratie. Die Angstindustrie wettet gegen die Toleranz. Sie schürt Ängste. Wer Angst schürt, will den Menschen die Freiheit der eigenen Entscheidung nehmen. Ein faktisches Verbot wäre politische Willkür, die die Freiheitsrechte von Landwirten, Unternehmen, Forschern und Verbrauchern missachtet. Das ist der Weg in eine andere Republik.

Hier in Sachsen-Anhalt will ich an einen großen, sprachgewaltigen Deutschen erinnern, einen Selbstdenker, dessen Wirken wir alle noch heute spüren – und ich meine keinen Naturwissenschaftler, wie manch einer erwartet, ich spreche von Martin Luther. Von ihm stammt der Satz: „Man soll dem Volk aufs Maul schauen, aber darf ihm nicht nach dem Munde reden, wenn man etwas Gutes durchsetzen will“. Jutta Limbach hat in ihrem Aufsatz eine perfekte Begründung für diesen Satz geschrieben. Wenn Luther auch in vordemokratischer Zeit gesprochen hat, hat dieser Satz doch auch in demokratischer Zeit Gültigkeit. Franz Josef Strauß hat den Satz gern zitiert. Viele seiner jetzt in Verantwortung stehenden Parteifreunde verdrängen – leider - diese Erkenntnis. Und gerade im Umgang mit der Züchtungsmethode Gentechnik brauchen wir mehr Politiker, die sich den Satz von Martin Luther zu eigen machen.

“ Im Spiegelheft „Die Dagegen-Republik“ im Beitrag „Volk der Widerborste“ weist der Spiegel auf die problematische Seite von Bürgerprotesten hin und zieht das Fazit: „Die Demokratie wirkt lebendig, aber manchmal prallen auch Allgemeinwohl und Egoismus aufeinander. Die Modernisierung des Landes könnte aufgehalten werden.“ „Man muss doch wagen dürfen“ titelte die ZEIT. Und Autor Marc Brost zieht das Fazit: „Wir haben nicht zu viel riskiert, sondern zu wenig.“

Auch wenn beide Beiträge nicht die Gentechnik im Auge haben sondern andere Politikfelder, ihre Analysen lassen sich sehr gut auf den Umgang von vielen Menschen in unserer Gesellschaft, von verschiedenen Politikern und Journalisten mit der Grünen Gentechnik übertragen. Beide Artikel zeigen aber auch, dass in unserer Gesellschaft das Nachdenken darüber begonnen hat, wie politisch mit der Angst, Deutsche sind ein risikoscheues Volk, schreibt Marc Brost, mit Bürgerprotesten umgegangen werden muss, damit die Entwicklung des Gemeinwesens keinen Schaden nimmt.

Für die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft ist die Grüne Biotechnologie ein wichtiges Instrument. Armut, Hunger, Mangelernährung, Wüstenbildung, Klimawandel erfordern Investitionen in die Landwirtschaft, in die Züchtung gentechnisch optimierter Sorten.

Politiker sind aufgefordert, sich nicht an den vielfach hingeworfenen Meinungsäußerungen anonymer Blog-Schreiber zu orientieren sondern an dem gerechtfertigten Anspruch der überwiegenden Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die verantwortliche Entscheidungen wollen, die alle Aspekte einbeziehen. Bürgerinnen und Bürger, die wollen, dass politische Entscheidungen wissenschaftsbasiert erfolgen im Interesse der Natur, der Gesundheit von Mensch und Tier. Die Menschen wollen, dass Politiker in ethischer Verantwortung auch für die ärmsten Menschen in Entwicklungsländern entscheiden.

Prof. Andreas von Tiedemann analysiert sehr treffend in seinem Artikel „Gentechnik-Debatte: Angst-Cocktails vernebeln die Sinne“, der in der Zeitschrift Novo erschienen ist, „Entscheidungen zur Grünen Gentechnik werden gegenwärtig unabhängig vom Stand des Wissens getroffen.“ Das von der letzten Bundesregierung bestimmte Verbot der Maissorte MON810 ist eine Entscheidung gegen die wissenschaftliche Erkenntnis. Ich bedauere, dass seine Rücknahme in den Koalitionsverhandlungen nicht gelungen ist. Die neuen Arbeiten, die zeigen, dass der Anbau von MON810

Nichtzielorganismen wie den Marienkäfer nicht beeinträchtigt, bietet die Möglichkeit, die Fehlentscheidung wissenschaftsbasiert zu korrigieren.

Das Vorsorgeprinzip muss oftmals dafür herhalten, wenn es gilt, eine irrationale Verbotspolitik gegen die Gentechnik zu begründen, irrational, weil die Züchtungsmethode keine Schäden verursacht hat. Politiker sind in jeder Situation gefordert, Prioritäten zu setzen. Im Verbraucherschutz heißt das, der Staat muss Menschen insbesondere vor realen Gefahren bewahren und nicht vor hypothetischen Risiken mit geringer Eintrittswahrscheinlichkeit. Die Ereignisse im Januar haben uns allen dramatisch vor Augen geführt, welche Gefährdungen zu bekämpfen sind. Durch Käse, der mit Listerien, einer überall vorkommenden Bakterienart, kontaminiert war, sind sieben Menschen gestorben. Bei der Hygiene in der Nahrungsmittelproduktion besteht offensichtlich Handlungsbedarf. Hygienemängel stellen ein reales Risiko dar, Beimengungen von Produkten von gentechnisch veränderten Pflanzen sind dagegen für die Gesundheit kein Risiko.

Was ist zu tun?

Wir müssen die Menschen mitnehmen, ihnen zeigen, dass die Innovationen in der Landwirtschaft ihnen genauso zu Gute kommen wie den Landwirten. Die Züchtungsmethode Gentechnik ist schon lange nicht mehr neu, sondern inzwischen bewährt. Den wenigsten ist bekannt, dass zum einen die Grüne Biotechnologie weltweite Realität ist, dass sie schon jetzt Beiträge zur Minderung der Armut leistet, dass außerdem die Produkte der Züchtungsmethode Gentechnik buchstäblich auf jedem Teller sind. Eine Möglichkeit dies deutlich zu machen ist die Prozesskennzeichnung. Jedes Produkt, bei dessen Herstellung Gentechnik angewendet wurde, sollte gekennzeichnet werden: Der Käse, der mit Hilfe von Chymosin hergestellt von gentechnisch veränderten Mikroorganismen produziert wurde, Lebensmittel, die Vitamine ebenfalls hergestellt mit gentechnisch veränderten Mikroorganismen enthalten, Eier, Milch und Fleisch von Tieren, die irgendwann in ihrem Leben mit GVO-Produkte gefressen haben. Die „Ohne-Gentechnik“-Kennzeichnung der letzten Regierung ist Verbrauchertäuschung.

Wir brauchen die Abschaffung der so genannten Nulltoleranz für Futtermittel, Lebensmittel und Saatgut. Die Null ist eine mathematische Größe, ist biologischen Systemen fremd. Eine Gesellschaft, die Grenzwerte für jedes Gift akzeptiert, sollte ohne Probleme auch Grenzwerte für gesunde Produkte tolerieren, die den einzigen Makel haben, noch keinen Zulassungstempel der EU zu tragen.

Wir brauchen eine bessere Diskussion von Politikern, Bürgern und Wissenschaftlern. Ich will ein Beispiel nennen: Die Patentierung von Organismen ist ein großes Thema. Mehrere Hundert Mikroorganismen sind bereits patentiert. Es gibt eine über hundertjährige Tradition, angefangen bei Louis Pasteur und jetzt ist dies unethisch? Die Krebsforschung nutzt Tiermodelle, das sind zumeist transgene Tiere, die patentiert sind. Ist das unethisch?

Wir brauchen Politiker und Wissenschaftler die Flagge zeigen. Rainer Brüderle und Anette Schavan sind positive Beispiele dieser Bundesregierung. Wolfgang Clement, der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und ehemalige Wirtschaftsminister hat im vergangenen Jahr hier an dieser Stelle ein bedeutendes

Plädoyer für die Grüne Gentechnik und die Stärkung der Innovationsbereitschaft abgegeben.

Der Innoplatapreis an einen Wissenschaftler wie auch einen Journalisten ehrt Persönlichkeiten für ihre herausragende Arbeit. Sie haben den Mut bewiesen, gegen den Strom gesellschaftlicher Meinungen zu schwimmen und treten ein für eine wissenschaftsbasierte Herangehensweise an ein in der Gesellschaft kontrovers diskutiertes Thema. Ihnen gebührt unser Dank und unsere Anerkennung.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.